

Yu-Hsi Nieh

Quo vadis, China?

Bericht über eine Reise nach Hongkong, dem chinesischen Festland und Taiwan

1 Zur "sozialistischen Marktwirtschaft"

Im März und April d.J. unternahm ich wieder eine Reise nach Hongkong, dem chinesischen Festland und Taiwan, die im Hinblick auf ihre zunehmende wirtschaftliche Integration nun häufiger als das "große China" bezeichnet werden. Von der Dynamik und Verflechtung der drei chinesischen Wirtschaften hatte ich auf meiner Reise im Oktober und November 1992 bereits einen tiefen Eindruck erhalten. (Siehe dazu C.a., Feb. 1993) Die Antriebskraft der Entwicklung war und ist die Öffnungspolitik der Regierung Beijing. In den vergangenen zwei Jahren, 1992 und 1993, hatte das Festland ein Wirtschaftswachstum von 13% bzw. 13,4% (Bruttoinlandsprodukt) zu verzeichnen.

Wenn man den Bauboom und die belebten Straßen in den Städten sieht, gibt es keinen Grund, nicht an die o.b. offiziellen Statistikangaben zu glauben. Diesmal habe ich vier Städte auf dem Festland besucht, nämlich Guangzhou, Zhuhai, Wuhan und Yichang. Guangzhou (Kanton) ist die Hauptstadt der südchinesischen Provinz Guangdong, die dank der günstigen Lage als Nachbar von Hongkong und Macau sowie als Heimat vieler Überseechinesen eine Pilotrolle in der chinesischen Öffnungspolitik einnimmt. Seit 1977 war ich fünfmal dort und jedesmal sah ich große Veränderungen des Stadtbildes. Übersät mit Wolkenkratzern steht sie jetzt in nichts mehr Taipei oder Hongkong nach. Ein U-Bahn-Netz sowie eine moderne Pferderennstrecke werden ebenfalls in der Metropole mit über 3,6 Mio. Einwohnern gebaut.

Wuhan, die Hauptstadt der zentralchinesischen Provinz Hubei mit 3,8 Mio. Einwohnern, liegt am Changjiang (Yangtsekiang) und gilt traditionell als eine Drehscheibe für neun Provinzen (*juzhou tongqu*). Im April des vergangenen Jahres hatte die Regierung in Beijing einen gigantischen Plan mit 175 Mrd. US\$ an Investitionen zur Entwicklung der Region entlang des Changjiang, die eine Ausdehnung von 330.000 km² hat und 168 Mio. Einwohner umfaßt, bekanntgegeben. Daraufhin flossen etliche Milliarden Hongkong-Dollar an Investitionen aus Hongkong nach Wuhan, u.a. für den Bau eines neuen Flughafens, einer zweiten Changjiang-Brücke und neuer Hafenanlagen. Auch hier schossen neue Hochhäuser wie Pilze aus der Erde.

Zhuhai, eine der vier ersten Sonderwirtschaftszonen der VR China, ist eine neue Stadt gegenüber Macau. Im Vergleich zur größten Sonderwirtschaftszone Shenzhen,

gegenüber Hongkong gelegen, die ich 1986 und 1992 besuchte, weist Zhuhai wenig Industrie und Hochhäuser auf; sie gilt vielmehr als ein Erholungsort mit Strand, Bungalows sowie relativ sauberer und ruhiger Umwelt. Die Touristen, die hier ihren Urlaub verbringen, sind meistens Bürger von Macau und Hongkong, aber auch hohe Funktionäre und "Dakuan", d.h. die neuen Millionäre des chinesischen Festlands.

Yichang, rund 260 km westlich von Wuhan, liegt am Ende der Drei-Schluchten des Changjiang. Unweit von der Stadt befindet sich der große Gezhou-Staudamm. Oberhalb von ihm befindet sich jetzt ein noch größerer Staudamm von 185 m Höhe und 1983 m Länge in Bau. Nach Fertigstellung des neuen Staudamms werden viele Sehenswürdigkeiten entlang der rund 200 km langen Drei-Schluchten wie die steilen Felsen, historische Tempel sowie einige Städte im Wasser verschwinden. Um diese Landschaft vor der radikalen Änderung noch zu sehen, unternahm ich mit dem Schiff eine zweitägige Rundfahrt zwischen Yichang und Fengjie, dem anderen Ende der Drei-Schluchten.

Unter den Chinesen sowohl in China wie im Ausland ist das große Bauvorhaben nicht unumstritten, doch die Regierung faßte den Beschluß aus wirtschaftlichen Überlegungen. Vor allem soll nach dem Plan die gespeicherte Wassermenge in einer Größenordnung von 39,3 Mrd. Kubikmeter jährlich 84 Mrd. kWh Strom für den Bedarf von Mittel- und Ostchina sowie den Ostteil der Provinz Sichuan erzeugen.

Überall auf dem Festland sieht man Baustellen oder neue Häuser entstehen und hört von Investitionen reden. Ich wurde von verschiedenen Seiten gebeten, Joint Ventures zu vermitteln, und man fragte mich, warum ich in Deutschland kein Geschäft tätigen würde. Viele chinesische Intellektuelle haben zur Verbesserung ihrer materiellen Lage ihren Beruf gewechselt. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht starke Nachfrage nach Finanz- und Wirtschaftsfachkräften, die doppelt soviel verdienen können wie Arbeitnehmer normaler Berufsgruppen. In Wuhan habe ich einen jungen Unternehmer kennengelernt, der vor 10 Jahren sein Studium für Außenhandel unterbrach und mit einer kaufmännischen Tätigkeit begann. Heute verfügt er bereits über ein großes Vermögen und baut in der Stadt ein Einkaufs- und Vergnügungszentrum mit einer Reihe von Läden für Luxusartikel, Tanzlokal, Hallen-Minigolf, Sauna usw.

Die Nebenwirkungen oder Schattenseiten der schnellen Entwicklung sind die Vergrößerung des Abstands zwischen Arm und Reich, der moralische Verfall und die Zunahme der Kriminalität. Früher nahm man z.B. in der Dienstleistungsbranche kein Trinkgeld, heute wird es nicht nur nicht abgelehnt, sondern auch häufig für zu niedrig angesehen. Die Boulevardpresse ist voll mit Meldungen von Überfällen, Betrugereien, Prostitution und Korruption. Viele sind hinter dem leichten Geld her.

Ideologisch stützt sich die chinesische Wirtschaftsreform seit 1979 auf Deng Xiaopings pragmatische Gedanken, die man offiziell als "Sozialismus chinesischer Prägung" bezeichnet. Dementsprechend wurde auf der 3. Plenarsitzung des 14. ZK der KPCh Mitte November 1993 ein "Beschluß über einige Fragen zur Errichtung des soziali-

stischen Marktwirtschaftssystem" verabschiedet, in dem von Veränderung des Managementmechanismus der staatlichen Behörden und Errichtung eines modernen Unternehmenssystems die Rede ist. Die Unternehmen sollen der Marktnachfrage entsprechend produzieren. Die Regierung interveniert nicht "direkt" in die Produktions- und Managementaktivitäten der Unternehmen, ihre Funktionen beschränken sich auf makroökonomische Regulierung und Kontrolle. Mit der Neuordnung der Eigentumsrechtsstrukturen werden zunehmend mehr Unternehmen verschiedene Eigentümer aufweisen, aber das öffentliche Eigentum muß, landesweit gesehen, weiterhin Hauptteil der Volkswirtschaft bleiben. Abweichungen auf lokaler Ebene und in einzelnen Branchen werden zugelassen, so heißt es.

Zur Zeit gibt es rund 12.000 Staatsunternehmen mit einem Gesamtvermögen von 3.000 Mrd. RMB-Yuan (umgerechnet 600 Mrd.DM), davon arbeitet nur ein Drittel rentabel. Ihr Anteil an der Gesamtindustrieproduktion ist 1993 auf 46% gesunken (1986: 69%). Die nichtstaatlichen Betriebe (kollektive, private und ausländische Unternehmen), deren Industrieproduktionsanteil 1986-1993 von 31% auf 54% gestiegen ist, haben bislang in erster Linie zum Erfolg der Wirtschaftsreform beigetragen. Nun bemüht sich die Regierung, die staatlichen Betriebe zur Anhebung ihrer Effizienz umzustrukturieren: sie sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Die Investoren haben entsprechend ihrer Kapitaleinlage die Rechte eines Eigentümers, d.h. Beteiligung am Gewinn, an wichtigen Unternehmensentscheidungen und an der Wahl der Unternehmensleitung. Der Staat wird jedoch, so beabsichtigt die Regierung, bei den wichtigen Industriefirmen als Alleinbesitzer oder führender Teilhaber mit Mehrheitstimmrecht bleiben, damit der Grundzug des Sozialismus noch beibehalten wird.

Viele Länder haben Schwierigkeiten mit der Privatisierung von ineffizienten staatlichen Unternehmen; das Problem für die chinesische Regierung bei der Umstrukturierung ihrer Unternehmen ist sicher noch größer und komplizierter, weil sie, wie gesagt, nicht ganz auf ihre Kontrollfunktion verzichten möchte. Ferner sind 20-30% der insgesamt über 20 Mio. Beschäftigten in den Staatsunternehmen überflüssig. Im Unterschied zu den meisten nichtstaatlichen Firmen müssen die Staatsbetriebe auch für die medizinischen Kosten und Renten ihrer Mitarbeiter aufkommen. Eine drastische Rationalisierung des Managements im Staatsindustriesektor wird unvermeidlich viele Arbeitslose und andere soziale Fragen schaffen. Hierzu braucht man nur an das Beispiel der Privatisierung der staatlichen Betriebe der ehemaligen DDR in Ostdeutschland zu denken.

2 Die Frage der chinesischen Wiedervereinigung

Die britische Kolonie Hongkong wird nach der Vereinbarung zwischen London und Beijing am 1. Juli 1997 an China zurückgegeben. Wirtschaftlich ist das Territorium aber schon weitgehend mit dem chinesischen Markt verknüpft. Rund 70% der ausländischen Investitionen in China stammen aus Hongkong. Vor allem aus Kostenüberlegungen haben die meisten Hongkonger Unternehmen ihre arbeitsintensive Industrieproduktion über die Grenze nach China mit weit niedrigeren Löhnen und Bodenpreisen ausgelagert. Allein in der benachbarten

Provinz Guangdong gibt es rund 20.000 Betriebe mit Investitionen oder ständigen Verarbeitungsaufträgen aus Hongkong. Sie beschäftigen drei Millionen Personen, mehr als Hongkongs eigene Gesamtarbeitskräfte (2,8 Mio.). Neuerdings setzen sich Hongkonger Konsortien auch in großen Infrastrukturbauvorhaben Chinas ein, wie z.B. bei den oben bereits erwähnten Investitionen in Wuhan für den Bau des neuen Flug- und Binnenhafens und der zweiten Changjiang-Brücke. Zwischen Guangzhou und Zhuhai muß für die Überfahrt zahlreicher Brücken mit dem Auto, die, so erzählte mir der Fahrer, von Hongkonger Unternehmen gebaut sind, eine Nutzungsgebühr entrichtet werden. Schätzungsweise 95% der auf dem Hongkonger Aktienmarkt notierten Firmen haben Geschäftsbeziehungen mit China.

Auf der anderen Seite haben die Festlandchinesen in den letzten Jahren ihre Investitionen in der britischen Kolonie ebenfalls intensiviert, um zur Stabilität der Wirtschaft Hongkongs vor der Wende 1997 beizutragen. Außerdem hat Beijing offenbar dabei auch die Absicht, durch das Engagement in Hongkong modernes Management für den Aufbau der eigenen "sozialistischen Marktwirtschaft" in China zu trainieren. Offiziellen Angaben zufolge gibt es über 1.000 festlandchinesische Firmen in Hongkong - einschließlich der in den offiziellen Statistiken nicht erfaßten mittleren und kleineren Firmen sowie Joint Ventures wird die Zahl sogar auf rund 4.000 geschätzt. Das Gesamtvolumen festlandchinesischer Direktinvestitionen in der "Noch"-Kolonie liegt schätzungsweise bei 13-20 Mrd. US\$, womit die VR China als der größte "externe" Investor Hongkongs dasteht, und zwar vor Japan (11,5 Mrd. US\$) und den USA (8,5 Mrd. US\$).

Festlandchinesische Investitionen verteilen sich auf fast alle Wirtschaftsbereiche von Hongkong, wie z.B. verarbeitende Industrie, Handel, Transportwesen, Tourismus, Hotel- und Baugewerbe, Immobilien, Banken usw. Seit dem vergangenen Jahr sind mehrere chinesische Staatsfirmen an der Börse in Hongkong zugelassen. Experten in Hongkong rechnen damit, daß chinesische Unternehmen bis 1997 rund 45% der gesamten Marktkapitalisation des Hongkonger Aktienmarktes ausmachen werden.

Bei meinem kurzen Aufenthalt in Hongkong im März ist mir besonders aufgefallen, daß dort jetzt auch die chinesische Währung Renminbi zirkuliert. Es gibt überall in den Läden Schilder mit dem Hinweis, daß man beim Kauf in Renminbi zahlen kann. Ab Mai 1994 gibt die staatseigene Bank of China (BOC) neben den beiden britischen Geldinstituten Hong Kong & Shanghai Banking Corp. (Hongkong Bank) und Standard Chartered Bank Hongkong-Dollar-Banknoten aus. Die BOC verfügt bereits über rund 20% der Gesamtdepositen von Hongkong; einschließlich anderer zum chinesischen Staat gehörenden Geldinstitute in Hongkong erhöht sich die Quote auf 25%.

Im Gegensatz zu den Wirtschaftsbeziehungen sind die politischen Beziehungen zwischen Hongkong und Beijing seit Herbst 1992 gespannt. Der Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, will der Kolonie kurz vor ihrer Übergabe per Wahlreform mehr Demokratie beschere. Dies stieß auf Beijings Widerstand, denn Pattens Plan würde einen Umweg bedeuten, durch den bei den Wahlen 1995 mehr Abgeordnete vom Volk direkt zum Legislativrat (Parlament) gewählt werden können als die zwischen

London und Beijing ursprünglich vereinbarte Quote. Die neuen sino-britischen Verhandlungen darüber sind nach 17 Runden im Februar d.J. geplatzt. Während Patten auf seine Entscheidung besteht, bekräftigte die chinesische Regierung, daß sie alle Parlamentsorgane der britischen Kolonie nach der Übernahme am 1. Juli 1997 auflösen werde, auch wenn ihre reguläre Legislaturperiode nicht beendet ist. Eine reibungslose Übergabe der Kolonie scheint nun nicht mehr ganz sicher zu sein.

Neben der Frage über Demokratie macht man sich in Hongkong noch große Sorgen um die zukünftige Pressefreiheit und die Rechtsstaatlichkeit, die in China trotz der Vorschriften in der Verfassung nicht genug beachtet werden. Vor kurzem wurde ein Reporter aus Hongkong, Xi Yang, in Beijing zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt unter der Beschuldigung, daß er einen Geheimbeschluß der chinesischen Zentralbank (People's Bank of China) über Devisen- und Zinsmaßnahmen durch Bestechung erlangt und veröffentlicht habe. Die hohe Strafe wird in Hongkong von vielen als eine Warnung für die anderen Journalisten, die das kommunistische Regime auf dem chinesischen Festland kritisieren, verstanden. Im Hinblick auf die politische Wende 1997 ist bereits der Druck einiger Zeitungen Hongkongs nach Australien und Taiwan verlegt worden.

Politisch wie wirtschaftlich dient die britische Kolonie als eine Pufferzone oder Brücke zwischen den beiden verfeindeten chinesischen Seiten der Taiwan-Straße. Beijing bietet Taiwan für die Wiedervereinigung das Prinzip von "einem Staat, zwei Systemen" an, d.h. das "Hongkong-Modell". Danach soll Taiwan wie Hongkong eine Sonderverwaltung der VR China werden - mit anderen Worten die Auflösung der Republik China auf der Insel. Hingegen verlangt die Guomindang-(Kuomintang-)Regierung in Taiwan, die vor 1950 auf dem Festland regierte und bis vor einigen Jahren für sich noch das Alleinvertretungsrecht für Gesamtchina beanspruchte, von Beijing die gegenseitige Anerkennung des Status eines gleichberechtigten politischen Gebildes. Nach einem im Februar 1991 in Taiwan beschlossenen Programm ist die nationale Vereinigung nur langfristig zu erreichen, und zwar ein China auf der Grundlage von "Demokratie, Freiheit und Wohlstand für alle".

Formell lehnt Taiwan heute noch immer offizielle und direkte Kontakte mit Beijing ab. Doch private indirekte Verbindungen wie Handel, Post- und Fremdenverkehr über Dritorte sind erlaubt, hauptsächlich über Hongkong. Die Wirtschaft Taiwans befindet sich wie die Hongkongs in einer Umstrukturierungsphase. Immer mehr Unternehmen verlagern ihre arbeitsintensive Produktion aus Kostenüberlegungen in die lohngünstigen Nachbarländer, früher überwiegend in Südostasien, dann nach der Entspannung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße auf das chinesische Festland. Jüngsten Statistiken Taiwans zufolge hat die Regierung in Taipei 1991-1993 insgesamt 9.830 Investitionsprojekte im Wert von 3,59 Mrd. US\$ auf dem Festland über Dritorte genehmigt, davon allein 9.329 Projekte im Gesamtwert von 3,17 Mrd. US\$ im letzten Jahr, was über 65% der Gesamtinvestitionen Taiwans im Ausland vom gleichen Jahr entspricht. Inoffiziell wird das Gesamtinvestitionsvolumen aber auf 11 Mrd. US\$ für den genannten Zeitraum geschätzt, da viele taiwanesischen Investoren aus politischen Bedenken ihr Wirtschaftsengagement drüben nicht

bei der Regierung anmelden. Der "indirekte" Warenaustausch zwischen beiden Seiten über Hongkong belief sich 1993 auf 13,8 Mrd. US\$ und für dieses Jahr wird eine neue Rekordhöhe von 16 Mrd. US\$ erwartet. Der Anteil des Festlandsmarktes an Taiwans Gesamtexporten ist 1992-1993 von 13% auf 16,5% gestiegen.

Im letzten Jahr haben rechnerisch rund 1,5 Mio. Bürger Taiwans via Hongkong das Festland besucht. Die Flugstrecke zwischen Taiwan, Hongkong und Guangzhou gilt als eine Goldlinie mit hoher Rentabilität für die Fluggesellschaften. Der Tourismus auf dem Festland weist noch viele Engpässe auf. Man hört häufig von Un- und Überfällen. Am 31. März d.J. wurden alle 24 Mitglieder einer taiwanesischen Reisegruppe bei einer Schifffahrt auf dem Qiandao-See in der ostchinesischen Provinz Zhejiang überfallen, ausgeraubt und dann samt zwei örtlichen Reiseleitern und sechs Besatzungsmitgliedern in einen Raum unter Deck eingesperrt und lebendig verbrannt. (Siehe auch Übersicht "Rückschlag in den chinesisch-chinesischen Beziehungen ..." in diesem Heft) Nach dem Vorfall verhängten die örtlichen Behörden eine Nachrichtensperre und bezeichneten den Vorgang als einfachen Schiffsexplosionsunfall. Dem wurde von den zum Tatort herbeieilenden Verwandten der Opfer sowie von der taiwanesischen Öffentlichkeit energisch widersprochen, man warf den örtlichen Behörden die Verschleierung der Tatsachen vor, Angehörige der Armee oder Sicherheitstrupps vom Festland hätten sich an dem Raubüberfall beteiligt. Aus Protest suspendierte Taipei am 12. April ab sofort den Kulturaustausch beider Seiten der Taiwan-Straße und verfügte am folgenden Tag, ab 1. Mai alle Gruppenreiseveranstaltungen nach China vorläufig zu stoppen.

Obwohl der Vorfall auf dem Qiandao-See am 17. April von den Zhejiangischen Sicherheitsbehörden tatsächlich als ein Raubüberfall aufgeklärt wurde und drei verdächtige Täter festgenommen wurden, ist der Schaden für das Ansehen Beijings in der taiwanesischen Bevölkerung, wie im Fall von Xi Yang, für die Hongkonger schwer zu beseitigen. Nach einer Meinungsumfrage des Gallup-Instituts, die vom 11.-15. April unter 1.011 erwachsenen Bürgern Taiwans durchgeführt wurde, ist der Prozentsatz der Befürworter einer Unabhängigkeit Taiwans von China, d.h. also Verzicht auf die chinesische Wiedervereinigung, im Vergleich zum Ergebnis der vorletzten Untersuchung desselben Instituts im November 1993 um 7 Punkte auf eine neue Höhe von 27% gestiegen, hingegen ist die Zahl der Gegner von 54,7% auf 45,6% gesunken, zum ersten Mal unter 50%. Aus einer anderen von der chinesischsprachigen Tageszeitung *Lianhebao* (*United Daily News*) am 16. und 17. gemachten Telefondemoskopie ergibt sich ein ähnliches Ergebnis. Von den 1.064 befragten Erwachsenen fühlen sich 41% eher als Taiwanesen denn als Chinesen, früher waren es höchstens 33%. Andererseits sank die Zahl derjenigen, die sich als Chinesen fühlen, von 43% auf 42%. Verantwortlich für den Meinungsumschwung ist nach den Umfragen beider Institute die Unzufriedenheit über die Behörden auf dem Festland bei der Behandlung des Unglücks auf dem Qiandao-See.

Bei Unterhaltungen konnte ich feststellen, daß viele junge Leute in Taiwan wie in Hongkong aufgrund der Ungewißheit der politischen Zukunft trotz des gestiegenen Wohlstands auswandern wollen. Viele Chinesen auf dem Festland wiederum würden gern zur Verbesserung des Lebensstandards nach Hongkong oder Taiwan übersiedeln.